



Köner brauchen keine Kammern
- jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger
Informationen für
IHK- Verweigerer

Ausgabe: Juli 2006

Hallo, liebe Vereinsmitglieder.

Die Fußball-Weltmeisterschaft ist vorbei, von 'schwarz-rot' wurden 'Reförmchen gebacken', die Parlamentarier/innen sind im Urlaub - **kurzum das 'Sommerloch' ist da.**

Und: die 'Liberalen' haben sich endgültig als 'Wurmfortsatz' der Zwangskammern und als total anti-liberal 'demaskiert'.

Nein, liebe Vereinsmitglieder, nicht nur die Parteiführer, von Brüderle, bis Westerwelle, über Friedhoff, Klimmt und 'General Niebel' - nur um die bekanntesten Kammerlobbyisten der FDP zu nennen. Von denen war die teilweise sehr extreme 'Kammerv Verbundenheit' längst bekannt.

Nein, auch die Mehrzahl der Delegierten hat sich auf dem Bundesparteitag (BPT) in **Rostock gegen Demokratie, gegen Freiheit** für Unternehmer/innen entschieden und dem siechen Zwangssystem weiteren Bestand gewährt. Frei nach dem Motto: '...was die Kammern in 50 Jahren nicht geschafft haben, werden sie in auch den nächsten 50 Jahren nicht schaffen - nämlich auch nur einen Hauch von Akzeptanz bei den Zwangsbeglückten zu erlangen.'

Unternehmer, Demokraten und wirkliche 'Liberalen' hatten seit dem 'FDP-BPT 2005' in Köln die Erwartung, dass sich diese Partei als das erweisen würde, was sie seit Jahren vorgibt, nämlich liberal zu sein - also eine freiheitlich orientierte und unternehmerfreundliche Politik zu machen, Wettbewerb zu fördern und, die jahrelange Forderung mündiger Bürger/innen endlich aufgreifend, den zutiefst undemokratischen Kammerzwang hinter sich zu lassen.

In Köln wurde mit großer Mehrheit der Antrag angenommen eine Kommission einzusetzen, die ein Konzept für die Zeit nach der IHK-Zwangsgliederschaft vorlegen soll. So dokumentierten es Parteitagsdelegierte die dabei waren.

Die 'Scheinheiligkeit der Liberalen'...

...zeigte sich allerdings **nicht nur** bei der Zusammensetzung der 'Kommission', der 'Umdeutung' ihres Auftrags und der 'vorstandsgesteuerten' Anhörung '...vor der BT-Fraktion', bei der kaum ein Mitglied der Bundestagsfraktion, anwesend war. Dafür 'tummelte' sich dort die Armada der FDP-Hauptgeschäftsführer und Kammerbediensteten.

Nein, die Scheinheiligkeit fand am Tag des BPT in Rostock ihren 'Gipfel'. Dort gab es 'Info-Stände' an denen sich die Zwangs-Kammern, durch ihre Bediensteten, den FDP-Delegierten präsentieren und diese auf die Fortsetzung des Kammer-Zwangs '...sanft einstimmen' konnten.

'Unverständnis' gab es angeblich auch in der FDP-Zentrale darüber, dass 'den Kammern' die Adressen der Delegierten im Vorfeld des BPT '...zur Verfügung standen'. Wir wurden auf unsere Anfrage nach 'Chancengleichheit' mit dem altbekannten Totschlagargument 'Datenschutz' abgespeist.

Zugegeben: wir wurden 'bereits' am 10.05.2006 um 14:26 Uhr - also 4 Tage vor dem Parteitag - von **Thomas Hahn** (FDP-Strategie und Kampagnen) per Mail darauf hingewiesen, dass wir '...selbstverständlich den Delegierten Informationen

über Ihre (unsere) Position zur Verfügung stellen können, z. B. in Form eines Flugblatts, das im Saal ausgelegt werden kann.'

Da waren wir aber schon weiter. Unser 'Info-Papier' war bereits in den Händen von FDP-Delegierten, die dann auf dem BPT auch für die Verteilung gesorgt haben. Der Fairness halber sei noch gesagt, dass auch wir von der FDP **angesprochen wurden**, uns mit einem **Info-Stand** in Rostock zu präsentieren.

Nur: diese 'Einladung' kam just am Freitag Nachmittag - also knapp einen Tag vor dem BPT. Und dass wir '...leider' und '...aus Versehen' nicht früher über diese Möglichkeit informiert wurden, das tat '...der FDP-Zentrale' wirklich richtig leid. **Das habe ich ganz deutlich gespürt!**

'Billig und willig' ...

...lautet die Überschrift eines gesellschaftskritischen Artikels zum ehrenamtlichen Engagement Privater, das immer mehr und immer drängender von Seiten der Politik, von Kirchen, Unternehmen und Verbänden, geradezu gefordert wird.

Angesichts der chronisch leeren öffentlichen Kassen wird diese kostenlose Arbeit für immer mehr gesellschaftliche Bereiche faktisch unverzichtbar. An die ebenso erfolgreiche wie umstrittene Kampagne 'Du bist Deutschland' erinnern wir uns sicher noch.

Ausgerechnet die Kammern berühen sich dieses Engagements ihrer Zwangsglieder - z.B. in Prüfungsausschüssen. Dabei tritt dann die groteske Situation ein, dass der Prüfer - ehrenamtlich tätiger Unternehmer - seinen eigenen 'AzuBi' prüft und für diese Prüfung '...seines Lehrlings' mehrere Hundert € an die Kammerbürokratie zahlen muss.

Dass dieses Engagement Privater - und nicht etwa das der hochbezahlten Kammerbediensteten - irgendwie 'belohnt' wird, außer durch permanentes Eigenlob der unbeteiligten 'Kammerbürokraten' und 8 € Aufwandsentschädigung für die Prüfer, ist fast schon 'natürlich'. In den Genuss einer realen 'Belohnung', durch die angebliche 'Interessenvertretung' der Kammern, kommen aber nur wenige. Durch die...

Reform der Körperschaftssteuer...

...der rot-grünen Regierung wurden zwischen 2001 und 2004 Konzerne in ungeheurem Ausmaß steuerlich entlastet. Die Summe wird auf bis zu 70 Milliarden Euro geschätzt.

'**Reformator**', federführend in der 'Brühler Kommission', die diesen rot/grünen Flop ausgeheckt hatte, war kein geringerer als der **DIHK e.V. Steuerexperte Alfons Kühn**.

BMW hat beispielsweise 2002 einen Gewinn in Höhe von **zwei Milliarden €** gemacht, **ohne einen einzigen Cent Gewerbesteuer** an die Stadt München und damit auch **ohne mehr als den Grundbeitrag in Höhe von 117,50 €** an die **IHK-München** entrichten zu müssen.

Vom **Stuttgarter** 'Konzern mit dem Stern' ist diese 'Privilegierung' schon seit Jahren bekannt und wer mit dem Düsseldorfer Kämmerer spricht hört die gleiche Klage über '...den Daimler' bzw. seine Düsseldorfer Niederlassung.

Dass BMW in der IHK-München 'vertreten' ist, von einem Vorstandsmitglied - einem Manager, **nicht Unternehmer** - und DaimlerChrysler in Stuttgart, Berlin und Düsseldorf ebenfalls seine Manager in den Vollversammlungen hat, macht den Unterschied in der '...Interessenvertretung' der 350.000 Konzerne gegenüber den 93% Unternehmerinnen und Unternehmern aus, die mit weniger als 20 Mitarbeitern möglichst '...außen vor' und uninformiert gehalten werden.

Wirtschaftlich denkenden...

...**Menschen, Politiker/innen wie Unternehmer/innen**, muss klar sein, dass dieses leichtfertig verschenkte Geld an anderer Stelle fehlt. So lag die effektive Steuerlast von Kapitalgesellschaften beispielsweise im Jahr 2003 bei 11,4 Prozent, wenige Jahre zuvor war sie noch doppelt so hoch.

Und: dass 'dieses Geschenk', an die vom DIHK und den IHKn vertretenen Konzerne und 'global-player', vom 'Rest der Republik' finanziert werden muss, leuchtet nur wenigen **nicht** ein. **Die Realitätsverweigerung** dieser 'Wenigen' - in Politik und Kammern - ist für die Misere und deren Fortbestand ursächlich verantwortlich. Partei- und Verbandsfunktionärskader, Gewerkschafter, Beamte und 'öffentlich Bedienstete' in der Politik und 'Verwaltungsfachangestellte', nebst promovierten Theologen und Juristen in Kammern - **das muss schief gehen. Der Beweis ist erbracht.**

Sie haben längst realisiert ...

...**wer letztendlich die Kammerbürokratie finanziert?**

Klar ist jedenfalls, dass alle Kosten, die in einem Betrieb entstehen, nebst denen die ihm auferlegt werden - also auch die Zwangsbeiträge an die örtliche Kammer - sich in den Preisen von Produkten und Dienstleistungen wiederfinden. Sind Sie mit der einfachen wie höchst brisanten Erkenntnis, dass letztendlich alle Bürger, Verbraucher, Konsumenten, also Ihre Kunden, diese Bürokratie finanzieren schon an Ihre/n Abgeordnete/n herantreten?

Nein?, dann ist es aber höchste Zeit!

Diese Selbstverständlichkeit, dass ein Unternehmen seine Kosten über den Preis an den Verbraucher weitergeben muss, sonst ist er schnell 'pleite', ist kaum einem Politiker wirklich bewusst. Politiker, wie 'Kammerbürokraten' sind i.d.R. eben keine Unternehmer. Hier bleibt noch ein 'weites Gesprächsfeld' für die Diskussion '...mit Ihrer oder Ihrem Abgeordneten' vor Ort.

Warum sind diese Denk- und...

...Argumentationsansätze wichtig für den 'Befreiungskampf' vom Kammerzwang? Mit dieser Fragestellung hat sich ein Diplomand der Wirtschaftswissenschaft in seiner Diplomarbeit auseinandergesetzt. Er ist der Frage nachgegangen, ob es eine wirtschaftlich zu begründende Berechtigung für den in 'D' praktizierten Kammerzwang geben könnte. Sein Fazit wird 'uns' nicht verwundern: es lautet 'Nein' und Sie werden im nächsten **Kammerjäger** die Argumente kennen lernen. Zumindest die wichtigsten Thesen.

Und dabei stellt sich immer drängender die **System-Frage**:

Leben wir Zwangsbeglückten nicht...

...tatsächlich **noch im Zeitalter des Feudalismus?**

Prof. Dr. Gunnar Heinsohn von der UNI-Bremen gibt uns dazu folgende (auszugsweise) Denkanregungen:

'Die Geschichte kennt eben nicht nur eine, sondern drei idealtypische Gesellschaftsformen, die für die Reproduktion des Menschen zur Verfügung stehen. Reproduktion heißt die für das Überleben notwendige Produktion, Verteilung und Konsumtion von Gütern. Die drei Gesellschaftsformen sind:

1. Die *Stammesgesellschaft*. Sie regelt Produktion, Verteilung und Konsumtion für ihre nicht freien Mitglieder gemeinschaftlich nach Tradition und *solidarpflichtiger Sitte*
2. Die *Befehlsgesellschaft* des Feudalismus. Sie regelt Produktion, Verteilung und Konsumtion durch politische Zwangsmechanismen. Eine Herrschaftsschicht erzwingt von unfreien Untertanen *Abgaben* und rechtfertigt das mit der Versorgung der Untertanen aus - bei der Herrschaft gelagerten - Vorräten in Notzeiten. Der Staatssozialismus mit seinen verbindlichen *Plänen* liefert eine moderne Variante dieser fürsorglichen Gesellschaftsform.
3. Die *Eigentumsgesellschaft* als System von Individuen und nicht von Kollektiven. Diese Freien regeln Produktion, Verteilung und Konsumtion nicht nach den traditionellen Regelwerken von Sitte und Befehl, sondern steuert diese Prozesse durch *Zins* und *Geld*'

Und nun beurteilen Sie bitte in welcher Gesellschaftsform wir **Zwangsbeglückten** anno 2006 noch leben. 'Dank' Kammerzwang und den sich an ihn klammernden 'Zwangsgenießer' in Kammern und Parteien.

Ich komme zu dem Schluss als Unternehmer in einer *Befehlsgesellschaft* des Feudalismus zu leben. Von Demokratie keine Spur und in der individuellen, unternehmerischen Gestaltungsmöglichkeit im Übermaß und '...im Kollektiv' mit anderen 'Leidensgenossen', eingeschränkt - durch einen mich entmündigenden Kammerzwang.

In Sachen 'Strafantrag' gegen...

...**die Verantwortlichen in den IHKn und dem DIHK e.V.** hat die Staatsanwaltschaft Berlin das '**Verfahren an sich gezogen**'. Zusätzliches 'Beweismaterial' wurde bei uns angefordert und wird der Berliner Staatsanwaltschaft zugesandt. Sie, liebe Vereinsmitglieder, wissen bereits, dass ...ein im Jahre 2002 dem 'eingetragenen Verein' **DIHK e.V.** zur Verfügung gestelltes '...zinslose und zeitlich unbefristete **Darlehen**' in Höhe von insgesamt rd. **4.97 Mio. €** Gegenstand des Strafantrags ist.

Aus heutiger Sicht ist zu vermuten, dass die seinerzeitige Begründung, dass "...der DIHK e.V. 'Liquiditätsprobleme'" hatte, lediglich eine **vorgeschobene Begründung** war, um die Zustimmung der Vollversammlung(-en) zu erhalten.

Andernfalls hätte bereits im Jahre 2002 den Vollversammlungen die Zustimmung zur Gewährung '...eines verlorenen Zuschusses' abverlangt werden müssen.

Dem Normalverstand, nicht nur dem eines wirtschaftenden Kaufmanns, zufolge muss nach einer Wiedererlangung der erforderlichen 'Liquidität' zur Deckung des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs, die Tilgung eines Darlehens erfolgen. Unabhängig davon, ob diese 'Darlehensgewährung' jemals erforderlich und rechtmäßig war, ist es dem **DIHK e.V.** zweifellos möglich das fragliche Darlehen zurückzuzahlen.

Denn dass der DIHK e.V. in den...

...Jahren 2003 und '04 (wörtlich) '**Konzernüberschüsse**' generiert hat, die die Darlehenshöhe deutlich überschreiten, geht aus den Prüfungsberichten von **Pricewaterhouse-Coopers (PwC)** hervor.

In den uns bekannt gewordenen Berichten wird festgestellt, dass erhebliche Mittel zur '**langfristigen Vermögensbildung**' des Darlehensnehmers '**...angelegt**' und '**Ausleihungen**' - **in mehrfacher Millionenhöhe** - an ausländische Kammerorganisationen (AHKn) vorgenommen wurden.

Aus der Vereinssatzung des DIHK e.V. geht hervor, dass der Verein keinen '**...auf eine wirtschaftliche Betätigung ausgerichteten Vereinszweck**' hat. **Die Praxis ist eine andere.**

Der nun im März 2006 von den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern gefasste Beschluss der Nicht-Rückzahlung wurde also trotz ausreichender Liquidität bzw. '**Konzernertragslage**' des Darlehensnehmers - DIHK e.V. - gefasst.

In den Prüfungsberichten sind zudem Hinweise auf eine mangelhafte bis fehlende Kontrolle der Geschäftsführung und Mittelverwendung durch die Beschlussgremien des 'Kammervers' und damit - wegen der bestehenden Personalunion - auch der Gremien der IHKn vorhanden.

Die gesetzliche Verpflichtung aus dem IHK'G in §3 Abs. 2 zum '**...sparsamen Umgang**' mit den - eingetriebenen - Zwangsbeiträgen ist keinesfalls eine '**kann**' Bestimmung. Die Kontrolle üben ausschließlich die Präsidien und die Hauptgeschäftsführer der einzelnen IHKn aus. Sie tragen damit die Verantwortung und gegen sie richtet sich unser Vorwurf.

Inzwischen wurde bekannt, dass die Vollversammlung der IHK-Lübeck **keinen Beschluss zum Darlehensverzicht** gefasst hat. Und auch aus der **IHK-Gießen** wird über die - nachträgliche - **Ablehnung des Verzichts** durch Beschluss der Vollversammlung vom 06.04.'06 berichtet.

Und das schrieb das NRW - ...

...Wirtschaftsministerium von **Christa Thoben** (CDU) - ex-HGF der IHK-Münster - also einer Ministerin, die wissen sollte, was in den Kammern '**...so abgeht**'.

"Zu Ihrem Vorwurf der mangelnden Transparenz der Wirtschaftsführung habe ich in meinen Gesprächen mit der Rechtsaufsicht den Eindruck gewonnen, die die Industrie- und Handelskammern dieses Thema seit Jahren offensiv angehen

und sich die engagierten Vollversammlungen auch gar nichts anderes bieten lassen würden. Auch in dem von Ihnen der Staatsanwaltschaft zugetragenen Fall kann man wohl kaum den Vorwurf mangelnder Transparenz erheben."

Kommentar: das ist glatte **Realitätsverweigerung**, wenn 'man' die vielen Verfahren gerade gegen Verantwortliche der NRW- IHKn in Duisburg und Dortmund bedenkt.

Zurück zur 'Politik' in seiner derzeitigen ...

... 'Gemengelage' von schwarz/rot; oder umgekehrt.

Wir alle wissen nicht, wie lange diese Koalition hält und ob wir nicht bereits im kommenden Jahr wieder 'wählen dürfen/müssen'.

Im aktuellen, dem 16. Deutschen Bundestag, sitzt eine 180 Mitglieder zählende Gruppe 'neuer' Mandatsträger, neben den 434 'Alt-Parlamentariern'. Der für unser Anliegen wichtige '**Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**' hat 36 Mitglieder und noch einmal so viele Stellvertreter.

Davon hat die CDU/CSU 13, die SPD ebenfalls 13, die FDP 4 und sowohl 'DieLinke' als auch die B90/Grünen haben jeweils 3 Mitglieder im Ausschuss. Den Vorsitz hat die **SPD-Abgeordnete Edelgard Bulmahn** inne und die Stellvertretung **Albert Rupprecht (CSU)** aus Weiden.

Vergessen können wir bei der FDP die '**Alt-Kammerdiener**' **Rainer Brüderle**, **Paul-Klemens Friedhoff** (ex-IHK-Präses in Duisburg) und **Gudrun Kopp**. Und auch von dem Neu-Parlamentarier **Martin Zeil** ist kaum eine kammerkritische Position zu erwarten. **Trotzdem bleibt er zu befragen.**

Bei den **B90/Grünen** sind mit **Matthias Berninger**, **Dr. Thea Dücker** und **Margareta Wolff** drei kammerkritische Abgeordnete im Ausschuss, die bereits im 15. Bundestag saßen, während bei den '**Linken**' mit **Ulla Lötzer**, **Sabine Zimmermann** und **Dr. Herbert Schui** gleich drei 'Neue' im 'Bundestagsgeschäft' sind, von denen wir keine Meinungsäußerung vorliegen haben.

Konzentrieren wir unsere Aufmerksamkeit nun auf die insgesamt 26 Abgeordneten von CDU/CSU und SPD.

Bei der **SPD** sind uns mit **Klaus Barthel**, **Dr. Axel Berg**, **Rolf Hempelmann**, **Christian Lange** (aus Backnang) und **Andrea Wicklein** fünf kammerkritische BT-Abgeordnete bekannt. Demgegenüber sind mit **Dr. Rainer Wend**, der auch **Obmann** seiner Partei im Ausschuss ist und **Engelbert Wistuba**, zwei 'kammertreue' Abgeordnet im 'WiAu'.

Von **Doris Barnett**, **Ute Berg**, **Edelgard Bulmahn** und **Martin Dörmann** gibt es ebenso keine klare Positionierung, wie von den Neu-Abgeordneten **Garrelt Duin** und **Dr. Rainer Tabillion**.

Hier liegt also ein '**Potenzial**' von sechs Abgeordneten, deren Position noch abzufragen sind und zwei weitere SPD-Parlamentarier, die es zu überzeugen gilt.

Von der **CDU/CSU** sind **Dr. Michael Fuchs** und **Laurenz Meyer** von ihrer bisherigen Kammertreue abzubringen und



Können brauchen keine Kammern - jedenfalls nicht zwangsweise !

Kammerjäger Informationen für IHK- Verweigerer

Ausgabe: Juli 2006

die Neu-Abgeordneten Kai Wegner und Andreas Lämmel, sowie die 'Alteingesessenen' Alexander Dobrindt, Dr. Reinhard Göhner, Franz Obermeier, Eckhardt Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Albert Rupprecht (Weiden) und Lena Strothmann, von unserer Position zu überzeugen. Sie haben sich bisher nicht zum Kammerzwang geäußert.

Mit Rita Pawelski und Dr. Joachim Pfeiffer, der für die CDU/CSU als Obmann im 'WiAu' fungiert, sitzen zwei bekannt kammerkritische Abgeordnete im Ausschuss.

Fassen wir '...in nackten Zahlen' zusammen, womit wir im federführenden Ausschuss des 16. Bundestages rechnen:

Für den Kammerzwang haben sich bisher drei der FDP-Abgeordneten und je zwei Abgeordnete von SPD und CDU/CSU geäußert. Das macht nur sieben Stimmen für die Beibehaltung des Kammerzwangs.

Gegen den Kammerzwang haben sich vier Abgeordnete der B90/Grünen, zwei Abgeordnete der CDU/CSU und fünf Parlamentarier der SPD erklärt.

Also haben wir schon elf Abgeordnete '...auf unserer Seite.'

Bleiben die Abgeordneten zu befragen und zu überzeugen, von denen wir **bisher keine Positionierung** kennen. Das sind, neben den beiden bisher dem Kammerzwang zugelegten Mandatsträgern, die BT-Abgeordneten Alexander Dobrindt, Dr. Reinhard Göhner, Franz Obermeier, Eckhardt Rehberg, Dr. Heinz Riesenhuber, Albert Rupprecht (aus Weiden) und Lena Strothmann.

Bei der **FDP** ist es der 'Neu-Abgeordnete' Martin Zeil und bei der **Linken** sind die 'Neulinge' Ulla Lötzer, Sabine Zimmermann und Dr. Herbert Schui zu überzeugen.

Meine Damen und Herren, liebe Vereinsmitglieder und Unternehmer/innen: **das sollte doch zu schaffen sein!**

Denn: wenn es uns gelingt den Wirtschaftsausschuss davon zu überzeugen, dass der Kammerzwang - im Interesse der Wirtschaft, insbesondere der KMUn - abzuschaffen ist, damit es wieder mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze gibt, dann haben wir bereits die wichtigste Hürde genommen.

Sicher: das ist noch kein neues IHK-Gesetz, aber mehr als die Hälfte des Wegs dorthin. **Daher fordere ich Sie auf...**

'nehmen Sie jetzt Ihre eigene Sache...

... in die Hand und **machen Sie dabei mit** diese wirklich kleine Schar unschlüssiger bzw. neuer Abgeordneter vom Unsinn des Kammerzwangs zu überzeugen. Auch die jeweils zwei CDU/CSU bzw. SPD- Parlamentarier, die den Kammerzwang beibehalten wollen, sind mit der Forderung '...der Wirtschaft' nach dessen Ende zu konfrontieren.

Wie schon erwähnt: es könnte uns erneut eine 'vorgezogene Wahl' einen Strich durch alle Bemühungen machen.

Daher müssen wir schnell handeln - **jetzt ist der Moment**. Bitte senden Sie eine **E-Mail**, schicken Sie **ein Fax**, oder rufen Sie an und erklären Sie: **ja, ich mache aktiv mit - bei der Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft!**

'Handwerk will Führung stürzen'...

...so stand es am 29.06.2006 in der Ostsee-Zeitung

'Ob Terminabsprachen, Austausch zu Strukturfragen oder zur Ausbildung - von der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern (OMV) kamen keine Reaktionen.

'Wir fühlen uns von der Kammer nicht vertreten.'

Mit diesen Worten sprach der Präsident des Landesverbandes des Kfz-Gewerbes MV, *Rainer Schlorf* vielen Anwesenden '...aus dem Herzen'.

Ihre Forderungen sind eindeutig: Rücktritt des Vorstandes und der Geschäftsführung der Handwerkskammer OMV. Fusion mit der Kammer in Schwerin, um überlebensfähige Strukturen in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich zu schaffen. Unterstützt wird die Kfz-Sparte dabei von Berufskollegen verschiedenster Gewerke. 'Gut dass die Forderung nach Rücktritt der OMV-Führung auf den Tisch kommt', sagt *Heinz Luks*, Landesinnungsmeister des Dachdeckerhandwerkes in MV.

"80 Prozent der Handwerker würden sofort aus diesem staatlich installierten Apparat austreten, wenn das gesetzlich zugelassen würde," so Luks.

Unsere konkrete Empfehlung an die...

...Verantwortlichen - nicht nur in 'OMV':

Die Handwerksverbände sollten von ihren Mitgliedern dazu gezwungen werden '...den tieferen Sinn ihrer Tätigkeit' nicht auf die persönliche Imagepflege der Funktionsträger, sondern auf Maßnahmen zur Stärkung der Mitgliedsbetriebe - also ihrer 'Kunden' - zu richten.

Ob der eine oder andere Kammerfunktionär nun irgendein Verdienstkreuz bekommt, für langes Absitzen der Kammerbestuhlung, hilft den Betrieben nicht wirklich.

Das vordringliche Bestreben der Funktionsträger sollte es sein, die unbestreitbar qualitativ hochwertige Handwerksarbeit als Markenzeichen zu etablieren. Damit und nur damit, können sich 'unsere' Handwerksbetriebe gegen, vorwiegend osteuropäische, Billigwettbewerber durchsetzen und von diesen positiv abheben.

In eigener Sache...

Sie erhalten den **Kammerjäger** erneut auf zwei getrennten Wegen. Wie gewohnt mit der Post, oder per E-Mail - jedenfalls dann, wenn wir Ihre E-Mail Adresse kennen.

Und: Frau Wende ist bis Anfang August im Urlaub. Daher werden eventuelle Anfragen, Hinweise oder Ihre Rückmeldungen **erst nach dem 09.08. bearbeitet**.

Impressum:

Herausgeber: IHK-Verweigerer e.V. Dortmund
E-mail: IHK-Verweigerer_e.V.@t-online.de
Readaktion: Axel Pestel / **V.I.S.d.P.**
E-mail: AxelPestel@compuserve.de
Nachdruck oder Vervielfältigung, sowie elektronische Veröffentlichungen z.B. im Internet - auch auszugsweise - nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.
Nicht- IHK-Verweigererinitiativen werden um Übersendung eines Belegexemplares gebeten. Text & Design ©'98/2006 by Axel Pestel /IHK-Verweigerer e.V.